

Zeitschrift: Die Privatschule = L'école privée = La scuola privata
Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen
Band: - (1999)
Heft: 1

Vorwort: Eckdaten aus unserer bildungspolitischen Agenda
Autor: Zillig, Elisabeth

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Eckdaten aus unserer bildungspolitischen Agenda

Als Dachverband, der Privatschulen unterschiedlicher Ausrichtungen aus der ganzen Schweiz vereinigt, befasst sich der VSP vornehmlich mit eidgenössischen Vorlagen der Bildungspolitik. Kantonale Entwicklungen werden zwar mit Interesse verfolgt, politische Interventionen auf der Ebene der Kantone sind aber in erster Linie Sache unserer Regionalsektionen. Der VSP mit seinem Sekretariat unterstützt diese dabei im Rahmen seiner Möglichkeiten, vermittelt Informationen und Kontakte. Als Beispiel einer solchen Aktivität sei ein bildungspolitischer Aperçu genannt, der letztes Jahr in Lausanne auf die Initiative des VSP, der Verbände der Steiner-schulen und der katholischen Schulen und der Association Vaudoise des Ecoles Privées stattgefunden hat. Über zwanzig Kantonsparlamentarierinnen und -parlamentarier aus der Waadt haben mit den Vertreterinnen und Vertretern der Bildungsbehörden und der Privatschulen einen Gedankenaustausch gepflegt und Impulse für ihre politische Arbeit erhalten.

Aufgrund des positiven Echos sehen wir vor, ähnliche Treffen auch in anderen Kantonen zu organisieren. Die Zielrichtungen dieser Gespräche hängen vom Stand der Bildungspolitik im jeweiligen Kanton ab. Ein wesentliches Anliegen unsererseits betrifft aber überall die Frage der Bildungsfinanzierung und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine echte Kooperation zwischen Staat und Privatschulen ermöglichen.

Auf Bundesebene gilt unser Hauptaugenmerk der Revision des Berufsbildungsgesetzes, der Umsetzung des neuen Maturitätsanerkennungsregle-

ments bei den eidgenössischen Maturitätsprüfungen, der Modularisierung der Weiterbildung. Weiter stehen wir mit den zuständigen Bundesbehörden betreffend Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Schülerinnen und Schüler unserer Mitgliedschulen in Kontakt und bemühen uns um eine kulantere Behandlung der Gesuche. In diesem Zusammenhang wurden auch die Kontakte zu Schweiz Tourismus reaktiviert. Zur Zeit wird die Gründung einer aus Mitgliedschulen bestehenden einfachen Gesellschaft «Swiss Global Education» geprüft. Diese hätte zum Zweck, die Profilierung des Schweizer Privatschulwesens weltweit zu fördern und als Ansprechpartner von Schweiz Tourismus zu fungieren.

Revision des Berufsbildungsgesetzes

Eine ad-hoc Arbeitsgruppe hat sich im letzten Sommer konstituiert und ein Positionspapier aus der Sicht der Privatschulen formuliert. Im Zentrum unseres Interesses stehen folgende Revisionspunkte:

- Finanzierung der Berufsbildung
- Ausbildungen nach Art. 41 Abs. 2 des geltenden Berufsbildungsgesetzes
- Die berufliche Weiterbildung
- Die Schaffung eines Innovationsartikels

Wir haben mit verschiedenen Mitgliedern der Expertenkommission, die vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT mit der Vorbereitung des neuen Gesetzes betraut wurde, das Gespräch gesucht und unsere Anliegen erläutert. Die ersten Reaktionen auf unsere Interventionen sind durchaus ermutigend. Allerdings liegt die endgültige Version

des Gesetzesentwurfs noch nicht vor und es gilt nun, die Vernehmlassung abzuwarten.

Vom Berufsbildungsgesetz sind zahlreiche Mitgliederschulen betroffen: z.B. die Handelsschulen, die Schulen für medizinische Praxisassistentinnen, Erwachsenenbildungsinstitute, die auf Diplome der höheren Berufsbildung vorbereiten, Berufsmaturitätsschulen usw.

Umsetzung des neuen Maturitätsanerkennungsreglements bei den eidgenössischen Prüfungen

Der Bundesrat hat im Dezember 1998 die neue Verordnung über die schweizerische Maturitätsprüfung verabschiedet. Diese wird am 1. Januar 2003 in Kraft treten. Der VSP hatte verschiedene Male Gelegenheit, sich zu den Vorentwürfen dieser Verordnung zu äussern. In einigen Punkten wurden unsere Wünsche erfüllt, andere Anliegen blieben unberücksichtigt. So hätten wir uns gewünscht, dass der Status der Privatschulen als Kooperationspartner in der Verordnung *expressis verbis* verankert worden wäre. Das ist in dieser Form nicht geschehen. Positiv ist dagegen zu vermerken, dass unser Verband über unsere Vertretung in der Schweizerischen Maturitätskommission hinaus bei der Gestaltung der Prüfungsrichtlinien für die einzelnen Fächer mitwirken kann. Diese Arbeiten sind noch im Gang.

Modularisierung der Weiterbildung

Aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses (Motion Judith Stamm) hat das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT (früher BIGA) ein Projekt lanciert, das die Einführung der beruflichen Weiterbildung im Baukastensystem vorbereiten soll (sog. Modularisierung). Auch in diesem Zusammenhang hat der VSP gemeinsam mit dem Schweizeri-

schen Verband für Fernunterricht und multimediale Lernsysteme Thesen zu dieser Thematik verabschiedet. Als unsere Hauptanliegen wurden u.a. formuliert, dass

- die Modularisierung keine wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen auf private Ausbildungsinstitutionen hat;
- die Autonomie der Bildungsträger und -anbieter nicht beschränkt wird;
- die berufliche Handlungskompetenz als Ausbildungsziel gewährleistet wird;
- zum Akkreditierungsverfahren nicht nur staatlich getragene Institutionen zugelassen werden.

Auch von diesem Projekt dürften verschiedene Mitgliederschulen, die in den Bereichen Berufs- und Weiterbildung tätig sind, betroffen sein.

Der Verbandsleitung ist es ein Anliegen, die Mitglieder über die bildungspolitischen Projekte laufend zu informieren. Andererseits nehmen wir Informationen und Anliegen der einzelnen Schulen bzw. Fachgruppen und Regionalsektionen gerne auf. Wir sind allen Mitgliedern dankbar für ihre Unterstützung in der politischen Arbeit, betreffe diese die nationale oder die kantonale Ebene.



*Elisabeth Zillig,
Präsidentin VSP*